

Zentralamerika als Gegenstand vergleichender Transitionsforschung – Ansätze, Probleme, Hypothesen

Zentralamerika¹ bietet als „defined sub-region“² die scheinbar günstigsten Voraussetzungen für die Anwendung vergleichender Analysen und Methoden. Die gemeinsamen historischen Wurzeln sowie die engen politischen, ökonomischen und kulturellen Bande zwischen den fünf Ländern legen ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten nahe. Zugleich kann jedes Land für sich in Anspruch nehmen, gegenüber den anderen die berühmte Ausnahme von der Regel zu sein: Costa Rica wird aufgrund seiner politischen wie ökonomischen und kulturellen Eigenentwicklung schon fast automatisch als der ewige Sonderfall innerhalb der Subregion gehandelt; Honduras weist eine ähnlich hohe Stabilität wie Costa Rica auf, ohne daß es demokratische Verhältnisse wie sein südlichster Nachbar vorzuweisen hätte; Guatemala kommt schon aufgrund seines regionalen Gewichts und seiner indianischen Bevölkerungsmehrheit eine Sonderrolle zu, ein Anspruch, den aufgrund anderer Eigenheiten auch El Salvador und Nicaragua jeweils für sich einklagen können.³ Angesichts der für einen Vergleich geradezu optimalen Kombination von Gemeinsamkeiten und Vielfalt auf so engem Raum kann die Feststellung, daß der Mittelamerika-Vergleichsboom der achtziger Jahre „Züge komparativer ‘Inzucht’“ trage (vgl. hierzu den Beitrag von H. Zinecker in diesem Heft), zunächst nur erstaunen. Auf jeden Fall fordert dieses harsche Urteil zu einer eingehenderen Zustandsanalyse der Zentralamerika-Komparatistik heraus.

Unbestritten ist, daß im Ergebnis der Sandinistischen Revolution 1979 und des nachfolgenden Aufschwungs sozialrevolutionärer Massenbewegungen in El Salvador und Guatemala eine wahre Flut von Literatur zum Thema „Revolution-Bürgerkrieg-Mittelamerikakonflikt“ aufkam. Sieht man sich die Arbeiten mit komparativen Anspruch näher an, so handelt es sich fast ausschließlich um solche, die den Vergleich entweder additiv oder summarisch praktizieren. Im ersten Fall geht er über eine

Aneinanderreihung von Fallstudien – bestenfalls noch mit einem einleitenden oder resümierenden Abschnitt versehen – kaum hinaus; im zweiten Fall steht weniger der Ländervergleich als vielmehr die Subregion als Ganzes im Mittelpunkt der Untersuchung, wobei bei der Behandlung verschiedener Teilaspekte in der Regel auf einzelne Länder verwiesen wird. Dies hat dann seine unbestrittene Berechtigung, wenn solche Themen wie Einwirkung äußerer Faktoren oder zentralamerikanischer Integrationsprozeß ein ganzheitliches (regionales) Herangehen erfordern.

Auch wenn der revolutionszentrierte Boom inzwischen der Vergangenheit angehört, so hat sich doch an der Gesamtsituation wenig verändert: theoriegeleitete und langfristig angelegte Vergleiche sind nach wie vor rar gesät. Dies hängt wohl auch damit zusammen, daß die regionale Zugehörigkeit und die daraus resultierenden Gemeinsamkeiten eine Begründung und Formulierung der Ziele des Vergleichs für die zentralamerikanischen Länder scheinbar überflüssig machen. Interessanterweise gilt hierbei für Zentralamerika die Umkehrung der sonst für Lateinamerika als gültig angesehenen Regel, daß primär nordamerikanischen Politikwissenschaftlern das Verdienst der theoretischen Fundierung der Forschung anzurechnen sei. Mit Edelberto Torres-Rivas ist ein Zentralamerikaner führend auf dem Gebiet des theoriegeleiteten und historisch begründeten Zentralamerika-Vergleichs.⁴ Ihm gebührt in erster Linie das Verdienst, entscheidende methodologische und theoretische Grundlagen für diese Art des Vergleichs gelegt zu haben⁵ Neben den von Torres-Rivas vorgelegten Arbeiten kann noch „Power in the Isthmus“ von J. Dunkerley (London/New York 1988) als einer der wenigen gelungenen Versuche gelten, die zentralamerikanischen Länder anhand eines einheitlichen theoretischen Rasters über einen längeren historischen Zeitraum miteinander zu vergleichen. Aber auch Dunkerley stellt lediglich im ersten Drittel seines Buches den Zeitraum bis Ende der fünfziger Jahre (für die politische Entwicklung) bzw. bis Ende der siebziger Jahre (für die sozioökonomische Entwicklung) durchgängig vergleichend dar, während der Rest von den fünf Länderstudien ausgefüllt wird. Dies kann als Indiz dafür gelten, daß ein theoretisch anspruchsvoller Vergleich für Zentralamerika gerade wegen seiner hohen komparativen Dichte einerseits und der Vielfalt der länderspezifischen Entwicklungen andererseits ein schwieriges Unterfangen bleibt.⁶ Das komparatistische Versprechen, das Zentralamerika bereitwillig zu geben scheint, ist bisher weitgehend uneingelöst geblieben. Hinter der Flut der Zentralamerika-Literatur der achtziger Jahre verbergen sich enorme Defizite der Komparatistik. Für diese Situation ist neben den

angeführten Gründen besonders der unausgewogene Stand der Länderstudien, die einem Vergleich zugrunde gelegt werden müssen, verantwortlich. Während Guatemala in den letzten drei Jahrzehnten kontinuierlich und in notwendiger Breite erforscht worden ist und Costa Rica diesem Stand wenigstens nahe kommt, haben Nicaragua und El Salvador erst im Zuge der Revolutionseuphorie Anfang der achtziger Jahre konjunkturell bedingte Aufmerksamkeit gefunden, ohne daß aber der Abstand zu den Spitzenreitern überwunden werden konnte. Honduras rangiert in der Skala des (politik-)wissenschaftlichen Interesses wie eh und je am untersten Ende. Für einen komplexen Vergleich sind die fünf Länder aufgrund des unterschiedlichen Standes der „case-studies“ untereinander zu wenig paßfähig. Jeder Vergleich hat zunächst die Aufarbeitung der entsprechenden länderspezifischen Desiderate zur Voraussetzung. Daß die vergleichsweise beachtlichen Ergebnisse der komparativen Revolutions- und Konfliktforschung für die Transitionsforschung kaum Beachtung fanden, verweist auf den fatalen Umstand, daß die verschiedenen thematischen und theoretischen Diskurse oftmals nur nebeneinander herlaufen und unvermittelt abgebrochen werden. In dieser Hinsicht hat der Begriff der „komparativen Inzucht“ durchaus seine Berechtigung. „Nicht zuletzt durch die Konzentration auf den Zentralamerika-Konflikt in den achtziger Jahren ist das Thema der Demokratisierung in der Forschungsliteratur zwar für einzelne Länder häufig behandelt, gerade aus vergleichender Perspektive aber bislang nur noch wenig fruchtbar gemacht worden.“⁷ Auch wenn es hoffnungsvolle Anfänge gibt, diesen Zustand zu überwinden, bleiben die vergleichenden Arbeiten jüngerer Datums vorerst auf Teilaspekte der Transitionsforschung wie Wahlen⁸, Parteien und Parteiensysteme⁹ begrenzt. Diese vor allem auf institutionelle und Verfahrensaspekte begrenzte Sicht greift aber gerade in Zentralamerika zu kurz. Die dortigen Transitionsprozesse erweisen sich als besonders langwierig und zäh. Transitions- und Konsolidierungsphase der Demokratisierung sind aufs engste miteinander verzahnt. Ohne daß die Transition schon abgeschlossen wäre, treten bereits Probleme der Konsolidierung auf die Tagesordnung. All dies verlängert die Transition in den meisten zentralamerikanischen Ländern und verleiht ihr einen ausgesprochen komplexen Charakter.¹⁰ Nicht zuletzt handelt es sich in Zentralamerika – von Costa Rica einmal abgesehen – nicht um die Wiederherstellung schon vorher existierender demokratischer Verhältnisse wie in den meisten südamerikanischen Ländern (Re-Demokratisierung), sondern um deren erstmalige Durchsetzung in einer Gesellschaft, deren politische Strukturen und Kul-

tur über Jahrzehnte hinweg durch besonders repressive Formen des Autoritarismus geprägt waren.¹¹

Die Transitionsprozesse der zentralamerikanischen Länder weisen Besonderheiten auf, die sie nicht nur in Hinblick auf den bisher einmaligen Übergang von der erfolgreichen Revolution zur repräsentativen Demokratie (Nicaragua) in den Rang eines „historischen Novums“¹² heben. Diese Charakterisierung gilt zumindest ebenso für El Salvador, wo sich der Übergang zur Demokratie inmitten des blutigsten Bürgerkrieges (1980-92) in Lateinamerika seit der mexikanischen Revolution¹³ vollzogen hat und wo Demokratie ebenso zum Selbstverständnis der „verhandelten Revolution“¹⁴ gehört wie die im Friedensabkommen von Chapultepec verankerten Reformen.¹⁵ Wenn sich Transition in Zentralamerika in der bisher umfassendsten gesellschaftlichen Krise der Subregion und bei Fortexistenz tiefgreifender sozialer Konflikte durchzusetzen hat,¹⁶ dann stellt sich die Frage, ob und wie Demokratie dauerhaft sein kann und welchen Beitrag sie zur Überwindung der zentralamerikanischen Krise zu leisten vermag. Demokratisierung steht hier deshalb vor größeren Aufgaben und weist Dimensionen auf, die über einen einfachen Regimewechsel hinausweisen. Auch die Tatsache, daß die Transitionsprozesse ihre Anfänge in einer revolutionären Situation (Guatemala, El Salvador) bzw. einer siegreichen Revolution (Nicaragua) hatten,¹⁷ unterscheidet die Transition in diesen Ländern qualitativ vom Muster des evolutionären Regimewandels in Südamerika.

Um so mehr muß es erstaunen, daß Zentralamerika in der Transitionsliteratur einen eher marginalen Stellenwert besitzt. Zwischen Mexiko und Südamerika prägen weiße Flecken die Landkarte der Transition. In den als Standardwerke geltenden Arbeiten kommt Zentralamerika in der langen Reihe der *case studies* zur Demokratisierung kaum vor: bei Diamond/Linz/Lipset nur einmal (Costa Rica),¹⁸ bei Baloyra¹⁹ und O'Donnell/Schmitter/Whitehead²⁰ gar nicht, bei Malloy/Seligson²¹ immerhin zweimal. Selbst auf dem erst im September 1992 abgehaltenen internationalen Kolloquium zum Thema „Democracia y Democratización en Centroamérica“²² gibt es nur drei vergleichende Beiträge zur Transition in Zentralamerika – ein Anteil, der auch von Booth/Seligson²³ und Vilas²⁴ nicht überschritten wird. Nur bei Goodman u.a.²⁵ zeichnet sich ein Trend zum Besseren ab (neun von 20 Beiträgen).

Dabei bietet gerade ein Vergleich der Transitionen in den drei zentralamerikanischen Ländern El Salvador, Guatemala und Nicaragua die Möglichkeit, gleich in mehrfacher Hinsicht über den herkömmlichen

Erkenntnisstand der südamerikazentrierten Transitionsforschung hinausgehen.

Die enge zeitliche, räumliche und inhaltliche Verknüpfung von gescheiterter (Guatemala), versuchter (El Salvador) und zunächst erfolgreicher Revolution (Nicaragua) mit dem Beginn der Transition gestattet es, die vergleichende Transitionsanalyse in neue Richtungen voranzutreiben und bislang vernachlässigte Fragestellungen ins Visier der Forschung zu nehmen. Dies gilt besonders für die schon frühzeitig geforderte,²⁶ bisher aber kaum realisierte Verbindung von makrosoziologischem und mikropolitischem, von struktur- und akteursbezogenem Erklärungsansatz. Für die politikwissenschaftliche Zentralamerika-Komparatistik eröffnet sich die Chance, den in komparativer Hinsicht relativ weit gediehenen, aber unvermittelt abgebrochenen revolutions- und konflikttheoretischen Forschungsdiskurs mit dem transitions- und demokratietheoretischen Analysestrang zu verbinden. Damit wird zugleich der bisherigen Verengung der lateinamerikanischen Transitionsdebatte auf evolutionäre Varianten begegnet und das Spektrum um die Untersuchung revolutionär initiiert Transition erweitert. Vor dem Hintergrund der salvadorianischen und nicaraguanischen Transitionserfahrungen müssen gängige Postulate der Transitionsforschung in Frage gestellt werden. Politische Demokratie ist eben nicht (mehr) „nur möglich auf Kosten der Begrenzung sozialer und ökonomischer Transformationen“,²⁷ sondern erfordert – wie es zumindest die drei genannten zentralamerikanischen Fälle belegen – sogar ein Mindestmaß an Umverteilungsreformen zugunsten größerer sozialer Gerechtigkeit. Auch die Feststellung, daß Privateigentum und die Armee als Institution außerhalb der Eingriffe des Demokratisierungsprozesses liegen sollten,²⁸ muß nunmehr überdacht und ggf. korrigiert werden. Gleiches gilt auch für Stephens Zurückweisung „exzessiver Volksmobilisierung“ als kontraproduktiv für eine erfolgreiche Demokratisierung.²⁹ Vielmehr bietet Zentralamerika die Chance, den elitelastigen Transitionsanalysen der Vergangenheit einen Ansatz entgegenzusetzen, der die Massen als gleichgewichtige Akteure der Transition einbezieht und das Verhältnis von Elite(n) und Masse(n) auf der Akteurebene genauer ausleuchtet. Hier hat der Druck einer sozialrevolutionären Massenbewegung die Transition geradezu erzwungen und die Opposition gegenüber dem autoritären Regime wurde – im Unterschied zu Südamerika – hauptsächlich durch das Bündnis von Guerrilla und Volksbewegung, von Revolutionären und Reformisten bestimmt.³⁰ Eine vergleichende Analyse der zentralamerikanischen Transitionsprozesse, die die genannten Probleme und

Besonderheiten zum Ausgangspunkt macht, würde die Subregion nicht nur vom „Makel“ eines wenig beachteten Ausnahmefalls („deviant case“) befreien, sondern böte zugleich die Möglichkeit, die zentralamerikanischen Transitionsprozesse zu einem wichtigen Bezugspunkt der Transitionsforschung in und zu Lateinamerika mit Vorbildcharakter zu machen. Dies stellt jedoch Ansprüche und Herausforderungen an einen Vergleich, denen bisher weder auf intra-zentralamerikanischer noch auf inter(sub)regionaler Ebene (zwischen Zentral- und Südamerika) entsprochen werden konnte.

Die entscheidende Frage, der sich ein Vergleich der zentralamerikanischen Transitionsprozesse zu stellen hat, ist die nach der Durchsetzbarkeit demokratischer Verhältnisse. Inwiefern ist Demokratie in einer Region dauerhaft durchsetzbar,

- a) die auf eine langjährige und tiefverwurzelte Tradition des Autoritarismus zurückblickt und in der demokratische Traditionen und Erfahrungen kaum vorhanden sind;
- b) die sich in der tiefsten Krise ihrer Geschichte befindet und
- c) wo die Polarisierung zwischen Revolution und Konterrevolution in drei Ländern zum Bürgerkrieg geführt und einen regionalen Konflikt ausgelöst hat?

Zentraler Ausgangspunkt und Kriterium für die Fallauswahl ist zunächst der Bezug der Transition zur Auseinandersetzung um die sozialrevolutionäre Transformation der Gesellschaft. Dieser Bezug zur Revolution – im Fall von Honduras und Costa Rica vermittelt über den Zentralamerika-Konflikt und den Krieg in und gegen Nicaragua – unterscheidet einerseits die zentralamerikanischen Transitionsprozesse gegenüber den südamerikanischen Fällen qualitativ und liefert andererseits das wichtigste Differenzierungskriterium für den intra-zentralamerikanischen Vergleich.

Vorhandensein und Tiefe der revolutionären Situation sowie Erfolg bzw. Mißerfolg der revolutionären Machteroberung setzten zeitlich wie inhaltlich die politischen Ausgangsbedingungen für Beginn und Verlauf der Transition. Der Sieg der Sandinisten im Juli 1979 vollzieht den revolutionären Bruch mit der autoritären Somoza-Diktatur und setzt in Nicaragua eine Transition vom Typ „ruptura“ mit dem Ziel der Errichtung einer revolutionären bzw. sozialen Demokratie in Gang.³¹ In El Salvador und Guatemala scheitern die Versuche revolutionärer Machtergreifung Anfang der achtziger Jahre jedoch, und es beginnt die „transicion a la democracia por la vía autoritaria“.³² Damit etablieren sich in Zentralamerika zwei unterschiedliche Transitionstypen, die sich ihrerseits beide

von den südamerikanischen Varianten unterscheiden. In der regionalen und innergesellschaftlichen Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution stehen sie auf entgegengesetzten Seiten. Typ I (revolutionäre Demokratie in Nicaragua) ist das Ergebnis des revolutionären Sturzes des „ancien régime“ durch eine Koalition von Sozialrevolutionären, die die Hegemonie im Transitionsprozeß innehaben, und Sozialreformisten, die aufgrund ihres Ausschlusses aus der politischen Arena und der auch gegen sie gerichteten Repression keine Möglichkeit mehr sahen, eine reformistische Transitionsalternative durchzusetzen und sich deshalb der „ruptura“-Strategie der Sandinisten anschlossen. Dieser Transitionstyp basiert auf der Massenmobilisierung der Bevölkerung und schließt zunächst nur die aktiven Somozisten, später auch die „Contra“ vom politischen Leben aus. Entsprechend dem Demokratieverständnis der Sandinisten stehen partizipative Formen der Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum des Umgestaltungsprozesses. Die politische Transition ist hier Beginn und integraler Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Transformation³³.

Die Transition auf „autoritärem Weg“ mündet in ein Transitionsregime (Typ II), das wohl am besten mit dem Begriff der „Counterinsurgency-Demokratie“³⁴ bestimmt werden kann. Dieser Begriff drückt den widersprüchlichen und hybriden Charakter des Transitionsregimes in Guatemala und El Salvador aus. Die Transition steht einerseits in der Tradition der „Aufstandsbekämpfung“ und des konterrevolutionären Gründungsauftrags der „ancien régime“. Die Demokratisierung wurde in beiden Ländern mit der Maßgabe eingeleitet, die sozialrevolutionäre Bewegung im Rahmen der Counterinsurgency-Strategie mit politischen Mitteln zu bekämpfen,³⁵ und die Institution Armee büßte nichts von ihrer Machtfülle³⁶ ein. Andererseits verschafft sich ein Politikverständnis immer mehr Geltung, wonach „Politik nicht die Fortsetzung des Krieges (ist), sondern dessen radikale Verneinung“.³⁷ Der deklarierte Übergang zur Demokratie konnte auch in diesem Falle ohne das Öffnen politischer Freiräume weder nach innen noch nach außen glaubwürdig vermittelt werden und die Transition selbst kennt eben mehr Akteure als nur Militär und Regierung. Die Initiative für den Regimewandel ging jedoch von oben, von führenden Anhängern des Regimes aus, die damit zugleich die Hegemonie im Transitionsprozeß sichern konnten. Dem eigentlichen Transitionsbeginn unmittelbar vorgelagert war eine Phase, in der mittels einer Kombination von Terror und Reformismus den sozialrevolutionären Kräften der Boden entzogen werden sollte (Guatemala 1982-84; El Salvador 1979-82). Der

Repressionswelle, die in Guatemala im Genozid an der indianischen Bevölkerungsmehrheit gipfelte, fiel vor allem die von Gewerkschaften, Bauern-, Studenten- und Menschenrechtsorganisationen getragene Massenbewegung, die zum großen Teil die sozialrevolutionäre Transitionsalternative unterstützte, zum Opfer. Die Guerrilla hingegen konnte ihre militärische Schlagkraft – wenn auch nur durch den erzwungenen Rückzug in ihre Kerngebiete wie in Guatemala – bewahren. Politisch war sie in zweifacher Hinsicht geschwächt: zum einen durch die Zerschlagung ihrer Massenbasis und zum zweiten durch den Legitimationsgewinn, den das gewandelte Regime durch den eingeleiteten Wahlprozeß für sich verbuchen konnte. Obwohl in beiden Ländern die Christdemokraten die erste Transitions-Regierung stellten (Guatemala 1986-90, El Salvador 1984-89) und sich damit ihr politisches Gewicht deutlich erhöhte, blieb das politische Spektrum im wesentlichen auf Mitte-Rechts-Parteien beschränkt. Erst die Wahlen in El Salvador vom März/April 1994 umfaßten die gesamte politische Bandbreite unter Einschluß der 1992 als legale Partei zugelassenen FMLN. Bis dahin waren die Linkskräfte – wie bis heute noch in Guatemala – als gleichberechtigte Akteure aus dem Transitionsprozeß ausgeschlossen. Dieser Typ II der zentralamerikanischen Transition ist ein ausschließender Regimewandel von oben unter Hegemonie der Regimeanhänger unter Verzicht auf (El Salvador) oder zur Blockade von Struktur-reformen (Guatemala) mit dem Ziel, eine sozialrevolutionäre Transitionsalternative zu verhindern. Regimewandel zu mehr Demokratie ist zugleich begleitet von Terror, Gewalt und Exklusion. Diese „Counterinsurgency-Demokratie“ ist das legitime Kind des Bürgerkriegs zwischen Revolution und Konterrevolution. Es trägt in sich den innerhalb dieses Typs nicht lösbaren Widerspruch zwischen Demokratie und Krieg.

Bis dahin belegen die zentralamerikanischen Transitionsprozesse lediglich, daß sich die Typenbreite des Regimewechsels nicht auf die evolutionären Varianten Südamerikas beschränkt. Was sie aus der Menge der „gewöhnlichen“ Transitionen heraushebt, ist der Typenwandel im Verlauf der Transition – gewissermaßen eine Transition der Transition, wie er sich bisher in zwei (El Salvador, Nicaragua) der vier zentralamerikanischen Transitionsfälle vollzogen hat. Dieser Typenwandel verläuft – ausgehend von zwei entgegengesetzten Standorten des regionalen und innergesellschaftlichen Konflikts, Revolution (Typ I – Nicaragua) und Konterrevolution (Typ II – El Salvador) – in Richtung eines neuen Transitionstyps, bei dem die für Typ I und II charakteristische Polarisierung aufgebrochen und überwunden wird. Ein Vergleich des Annäherungs-

prozesses an diesen neuen Typ III ermöglicht Aufschlüsse über einen Veränderungs- und Lernprozeß, in dem die tiefe Kluft zwischen einst unversöhnlich gegenüberstehenden, unbesiegt gebliebenen Bürgerkriegsparteien schrittweise überwunden wird und sich Feindschaft in Partnerschaft – und Konkurrenz – bei der gemeinsamen Suche nach stabiler und dauerhafter Demokratie in einer typischen Krisenregion wandelt. Dies kann wohl – bei aller Vorsicht gegenüber vorschnellen Verallgemeinerungen – als die über Lateinamerika hinausgehende Bedeutung zentral-amerikanischer Transition angesehen werden. Zugleich belegen das hartnäckige Verweilen Guatemalas bei Typ II und das hohe Maß an Instabilität, durch den der Typenwandel besonders in Nicaragua begleitet ist, daß es sich um unvollendete, widersprüchliche und reversible Prozesse handelt.³⁸

Dennoch bleibt es eine beachtenswerte Tatsache, daß sich in Nicaragua mit den Wahlen vom Februar 1990 endgültig der Übergang von der revolutionären zur parlamentarischen Demokratie vollzogen hat³⁹ und in El Salvador sich mit dem Friedensabkommen von Chapultepec 1992 beide Bürgerkriegsparteien bereit gefunden haben, im Rahmen der weiter auf- und auszubauenden Demokratie politisch um die Macht zu kämpfen.⁴⁰ Die wichtigsten Eckpunkte der „neuen“ Demokratie sind:

- a) Überwindung der bewaffneten Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution, Beendigung des Bürgerkrieges;
- b) Einbeziehung aller politischen Kräfte in den Demokratisierungsprozeß und Überwindung des ausschließenden Charakters der vorhergehenden Transitions-Regime (Typ I und II);
- c) Beibehaltung der bereits durchgesetzten (Nicaragua) und Akzeptanz der anvisierten Agrarreform (El Salvador) mit dem Ziel einer größeren Verteilungsgerechtigkeit;
- d) Neuregelung der militärisch-zivilen Beziehungen mit dem Ziel der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.

Der gefundene Kompromiß zwischen beiden Seiten bestimmt einerseits die Grundzüge des neuen politischen Systems und steckt damit auch den Rahmen für künftige Veränderungen der Gesellschaft ab, läßt andererseits jedoch die Frage nach der konkreten Ausgestaltung dieses Rahmens offen. Richtung, Umfang und Tiefe von Demokratisierung (Transition) und Reformierung (Transformation) der Gesellschaft werden nunmehr im politischen Kräftemessen beider Seiten auf demokratischer Grundlage entschieden. Diese Entscheidung fällt im Ringen um die Hegemonie im Demokratisierungsprozeß.

Auch wenn vieles offen und unsicher bleibt und erst die Zukunft zeigen kann, ob das abgegebene Versprechen der Demokratisierung auch tatsächlich eingelöst wird, stellt schon der von beiden Seiten getragene Übergang von der siegreichen Revolution (Nicaragua) bzw. dem bewaffneten Kampf um Revolution (El Salvador) zur Demokratie ein politikgeschichtliches und demokratietheoretisches Unikat dar. Zieht man zudem noch in Betracht, daß beide Länder mit dieser bislang umfassendsten Demokratisierung historisches Neuland betreten, dann wird man sich vielleicht der Tragweite des Geschehens bewußt. Angesichts der Neuartigkeit und Komplexität des Prozesses kann die Frage nach den Ursachen und Bedingungen dieser „doppelten Transition“ zunächst nur hypothetisch beantwortet werden. Dabei muß vor allem Antwort auf folgende Fragen gefunden werden:

Erstens. Welche neuen „strukturellen Möglichkeiten“ für politische Demokratie haben sich im Gefolge von Veränderungen der Produktionsweise und der ökonomischen Strukturen ergeben?⁴¹ Historisch wurzeln die autoritären Regime Zentralamerikas in einem repressiven, um den Agrarexportsektor zentrierten Entwicklungsmodell,⁴² dessen Aufrechterhaltung und Absicherung bestenfalls „Fassadendemokratie“⁴³ zuließ. Wenn nunmehr ein politisches Regime mit einem deutlichen Mehr an Demokratie möglich ist, dann ergibt sich daraus die Frage, ob Veränderungen im Entwicklungsmodell entsprechende Freiräume erst eröffnet haben oder ob dieser Regimewechsel gegen die Logik des herrschenden Entwicklungsmodells durch politische Eingriffe erzwungen werden mußte. Die Antwort darauf läßt Rückschlüsse auf die Stabilität des Demokratisierungsprozesses und die Notwendigkeit sozio-ökonomischer Strukturreformen zu dessen Absicherung zu. Im Vergleich Nicaragua (siegreiche Revolution) und El Salvador (abgebrochene Revolution) muß ferner der Frage nachgegangen werden, welche gesellschaftlichen (Sozialstruktur etc.) und politischen Strukturen (Komplexität des Staates, Block an der Macht etc.) den Sieg der Revolution behindert oder befördert haben. Bei El Salvador wäre im Vergleich zu Nicaragua der Nachweis zu führen, daß die politische Macht nicht – wie in Nicaragua. – durch einen „Bewegungskrieg“ zu erobern war. Das Scheitern der Strategie der bewaffneten Machteroberung in El Salvador verweist auf die Möglichkeit, daß hier der Staat weitaus stärker in der Zivilgesellschaft verankert ist und deshalb die Eroberung der politischen Macht auf anderem Weg als in Nicaragua erfolgen muß.

Daß Guatemala im Unterschied zu den beiden anderen Ländern bisher lediglich die „einfache“ Transition zur „Counterinsurgency-Demokratie“

vollzogen hat, liegt offensichtlich auch darin begründet, daß sich dem Übergang zu Typ III („doppelte“ Transition) mehr „strukturelle Hindernisse“ in den Weg legen. Hier ist der Prozeß des „nation-building“ im Unterschied zu El Salvador noch nicht abgeschlossen⁴⁴ und die Integration der indianischen Bevölkerungsmehrheit auf demokratischer(!) Grundlage hätte einschneidende Konsequenzen für die politischen Machtverhältnisse, was die Repressions- und Blockadepolitik der herrschenden Elite gegenüber einem solchen Schritt erklärt. Ohne diesen ist aber in Guatemala der Übergang zu Typ III nicht zu haben.

Zweitens. Welche Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen und politischen Akteuren des Transitionsprozesses liegen der „einfachen“ bzw. „doppelten Transition“ jeweils zugrunde? Bisher beschränkt sich die Analyse der Akteure der Transition zumeist auf die legalen politischen Parteien. Obgleich die revolutionären Massenbewegungen durch politischen Druck auf die autoritären Regime maßgeblich zum Regimewandel (El Salvador, Guatemala) bzw. Regimesturz (Nicaragua) mitgewirkt haben, finden sie als Akteure des Demokratisierungsprozesses wenig Beachtung. Auch die Streitkräfte und Unternehmerverbände, die in ihrer Bedeutung – zumindest in Guatemala – noch vor den herkömmlichen Parteien rangieren, bleiben, gemessen an dieser Bedeutung, analytisch unterbelichtet.

Für die zentralamerikanischen Transitionsprozesse sind drei Akteursgruppen von Bedeutung, deren Verhältnis zum autoritären Regime auffällig mit ihrem Verhältnis zu gesellschaftlichen Reformen korrespondiert.⁴⁵ Dies sind in der Phase der „einfachen“ Transition:

- a) die Anhänger des „ancien régime“, die sich in „hard-“ und „soft-liner“ unterteilen und die entsprechend der Zuordnung zur entsprechenden Gruppe den Reformgegnern oder der kleineren Schar der Befürworter von Teilreformen zuzurechnen sind;
- b) die gemäßigte Opposition, die mehrheitlich das Lager der Sozialreformisten bilden, und
- c) die radikale (System-) Opposition, die zugleich den Kern der sozialrevolutionären Bewegung bildet.

Das Scheitern eines demokratisch-reformistischen Regimewechsels und die Orientierung der anti-autoritären Bewegung auf den revolutionären Bruch (Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre) sind nach Coleman (vgl. Anm. 45) primär auf den Ausschluß (*exclusion*) der Sozialreformisten durch das alte Regime zurückzuführen: je umfassender deren

Ausschluß vom Zugang zu den politischen Institutionen und Verfahren war, desto größeren Erfolg hatten die Sozialrevolutionäre im Kampf um die Durchsetzung einer revolutionären Transitionsalternative, und zwar in der Reihenfolge Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras.

Krumwiede⁴⁶ schließt an diesen Gedanken an, indem er Aufkommen und Stärke der „sozialrevolutionären Flutwelle“ aus dem Scheitern der „demokratischen Flutwelle“ ableitet, die dann ihrerseits von der sozialrevolutionären Welle teilweise aufgenommen wurde. In Nicaragua konnte so der Sturz des autoritären Regimes erreicht und die Macht von den Sozialrevolutionären erobert werden, was in El Salvador und Guatemala jedoch mißlang. Für den Übergang zum Typ III („doppelte Transition“) läßt sich im Umkehrschluß folgende Hypothese formulieren: Die Sozialrevolutionäre erweisen sich nun ihrerseits als zu schwach, die Macht zu erobern (El Salvador, Guatemala) bzw. zu behalten (Nicaragua). Die zurückflutende revolutionäre Welle wird von einer neu entstehenden demokratischen Welle aufgenommen, was allerdings zwei Dinge voraussetzt: a) den Wandel (Strategie, Organisation, Programmatik) der sozialrevolutionären Kräfte und ihre Umorientierung auf einen schrittweisen Regimewandel sowie b) die Öffnung des Spielraums für eine neue Demokratiebewegung von unten und die schrittweise Eingliederung der zuvor ausgeschlossenen Kräfte in das politische System. In Nicaragua schließt die Akzeptanz des Übergangs zu einer repräsentativen Demokratie durch die Sandinisten sogar deren Abwahl im Februar 1990 ein.

Auf der Grundlage der Vereinigung beider Wellen unter demokratischen Vorzeichen wird es möglich, in den Transitionsprozeß einen transformatorischen Impuls (Agrarreform, Entmilitarisierung) einzubringen und der Demokratisierung eine breitere Basis und größere Pluralität zu geben. Wo dies im Ergebnis eines gewissen Kräftegleichgewichts, (partieller) Massenmobilisierung und äußeren Drucks gelingt, beginnt sich der Charakter der Transition zu wandeln: in Nicaragua vollzieht sich der Übergang von der revolutionären zur repräsentativen Demokratie bei Fortbestand wichtiger Errungenschaften der Revolutionszeit (Agrarreform, Pluralität der Wirtschaft); in El Salvador wird mit dem Friedensabkommen von Chapultepec 1992 aus dem von oben initiierten und kontrollierten „autoritären Übergang zur Demokratie mit niederer Intensität“⁴⁷ ein offener demokratischer Prozeß. Guatemala liefert hierzu das Gegenbeispiel. Dort gelang trotz eines Aufschwungs der Demokratiebewegung der Übergang zu einer neuen Phase der Transition bisher nicht.

Diesem gerade für El Salvador und Nicaragua charakteristischen

„Wandel der Prozeßmuster“⁴⁸ liegt also ein bestimmtes Kräfteverhältnis zugrunde: „ein stabiles ‘negatives’ politisch-militärisches Gleichgewicht zwischen Guerrilla ... und regulärer Armee“, das es keinem der kriegsführenden Seiten gestattet, „definitiv (zu) siegen bzw. besiegt (zu) werden“.⁴⁹ Die hier für El Salvador getroffene Einschätzung gilt ebenso wie der Verweis auf die zunehmende Kriegsmüdigkeit mit Modifikationen auch für Nicaragua (Ausgleich der relativen militärischen Schwäche der Contras durch die direkte Einflußnahme der USA) und Guatemala (geringeres Gewicht der Guerrilla). Auf der Grundlage dieses negativen, stabilen Gleichgewichts entscheidet dann also die Kompromißbereitschaft und die Lernfähigkeit beider Seiten über den Fortgang der Transition zu Typ III, der im Falle El Salvador auf stabilerer Basis im Gange ist als in Nicaragua, während er in Guatemala nach wie vor blockiert ist. Im Vergleich El Salvador – Guatemala stößt man damit aber auf die wichtige und interessante Frage, wie stark die Guerrilla sein muß, um von ihrer Seite aus den Übergang zu Typ III (mit) zu bewirken und ob bei einer zu schwachen Guerrilla (Guatemala) eine Volksbewegung das Kräftedefizit auf der Oppositionsseite aufzufüllen imstande ist.

Drittens. Welche Bedeutung kommt den politischen Lernprozessen der Akteure auf beiden Seiten für Beginn, Verlauf und Ergebnisse der Transition zu und über welche Einsichten und Verhaltensänderungen verlaufen diese Prozesse? Diese Frage führt zum Kern der Erklärung der „doppelten Transition“. Vom Beginn des Bürgerkriegs zwischen Revolution und Konterrevolution bis zum Friedensschluß (immerhin mehr als zehn Jahre) hat die Transition dieselben Hauptakteure. Die Transition vollzieht sich also nicht – wie in den meisten anderen Fällen – über die Ausschaltung oder Marginalisierung der Radikalen auf (einer der) beiden Seiten, sondern der Übergang von Revolution und Bürgerkrieg zur Demokratisierung – ungleich schwieriger und komplexer als die evolutionären Varianten – hat die Kontinuität der Akteure bei gleichzeitigem Wandel ihrer Ziele, Strategien und organisatorischen Verfaßtheit geradezu zur Voraussetzung. Es hängt entscheidend von der Lern- und Kompromißfähigkeit beider Seiten ab, ob sich das negative Gleichgewicht in eine Falle für die Demokratisierung verwandelt oder ob aus diesem Gleichgewicht ein neuer Demokratisierungsimpuls erwächst.

El Salvador liefert für letzteres das bislang hoffnungsvollste Beispiel, das zugleich über den unmittelbar zentralamerikanischen Rahmen hinausweist. Die „rechte“ Seite kann von der beruhigenden Tatsache ausgehen, daß die „Counterinsurgency-Demokratie“ ihr ursprüngliches Ziel, die

bedingungslose Kapitulation oder Vernichtung der Guerrilla zwar nicht erreicht hat, aber im entscheidenden Punkt – der Verhinderung einer sozialrevolutionären Transitionsalternative – erfolgreich war. Die weniger beruhigende Kehrseite der Medaille besteht für sie allerdings darin, daß der „linken“ Gegenseite im Rahmen der Transition die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme am politischen Wettbewerb um die Gestaltung des Demokratisierungsprozesses eingeräumt werden muß. Dies wiederum hat seitens der Guerrilla den Verzicht auf die militärische Eroberung der Macht und die Anerkennung des legalen politischen Rahmens zur Voraussetzung. Dafür kann sie bei entsprechender militärischer und politischer Stärke eine Erweiterung der politischen Spielräume für die linke Opposition und die Akzeptanz von Reformen auf strategisch wichtigen Feldern (Agrarreform, Entmilitarisierung, Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für die Subalternen und Stärkung der Zivilgesellschaft) durch das Regime einfordern.⁵⁰ Das negative militärische Patt kann dann zur Ausgangsbasis für eine weitere Demokratisierung werden, wenn sich auf beiden Seiten die Einsicht herausbildet und durchsetzt, daß die Kosten der Aufrechterhaltung des als stabil bewerteten Gleichgewichts für die eigene Seite zu hoch sind und die verabredete Gestaltung des politischen Wettbewerbs beiden die Hoffnung läßt, ihre Ziele und Forderungen in einer erweiterten und vertieften Demokratie zumindest perspektivisch durchzusetzen. Neben dem Erkennen der „Gleichgewichtsfalle“ und der damit verbundenen Kostenfrage sind – wie der Vergleich El Salvador-Guatemala zeigt – die jeweiligen historischen Erfahrungen der Herrschenden mit vorangegangenen Reformversuchen und ihr Reformverhalten sowie ihre Fähigkeit, auf die neue Situation parteipolitisch und -organisatorisch zu reagieren. Hierfür liefern die Entstehung und der Wandlungsprozeß der einst faschistoiden ARENA zu einer modernen rechten Partei ein höchst interessantes Beispiel.⁵¹ Anders als in Guatemala (nach wie vor weitgehende Exklusion der linken Kräfte und fragmentiertes Parteienspektrum) und Nicaragua (parteipolitische Zersplitterung des rechten Spektrums) gibt es damit auf beiden Seiten gleichgewichtige Parteien, die in ihrem Lager die Hegemonie ausüben (FMLN bzw. ARENA) und die fähig sind, in der polarisierten salvadorianischen Gesellschaft die Zustimmung für die notwendigen Demokratisierungsschritte von weit rechts bis weit links zu sichern. Die parteipolitische Mitte (Christdemokratie) konnte nur vorübergehend (in El Salvador bis 1989; in Guatemala bis 1990) die Rolle als (eine) zentrale Kraft des Parteiensystems ausfüllen. Die salvadorianische Entwicklung seit dem

Sieg der ARENA bei den Präsidentschaftswahlen (1989) und der Eingliederung der FMLN in das legale Parteienspektrum (1992) hat den Blick für die bisher negierte Möglichkeit geöffnet, daß eine starke Mitte nicht immer der beste Garant politischer Demokratisierung ist, sondern unter bestimmten Bedingungen (hoher Polarisierungsgrad, hoher Reformbedarf) der machtpolitische Wettbewerb zwischen einer starken rechten und einer starken linken Partei der bessere Weg sein kann.

Trotz aller Fortschritte und hoffnungsvollen Anfänge ist dieser Weg jedoch nach wie vor durch das schwere und zähleibige Erbe des Autoritarismus gefährdet.⁵² Die weitere Entwicklung wird zeigen müssen, ob auf dem Weg einer „Reformdemokratie“ (Typ III) ein dauerhafter Durchbruch zu einer demokratischen Gesellschaft in Zentralamerika gelingen kann. Ob die erst neu gewonnene Möglichkeit zur Realität werden kann, wird in entscheidendem Maße von der Antwort auf die oben aufgeworfenen Fragen abhängen.

- 1 Hier im engeren Sinne verstanden als die historisch definierte Region zwischen Mexiko und Panama, die die Nachfolgestaaten der 1838 endgültig auseinandergebrochenen Zentralamerikanischen Föderation umfaßt: Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica. Belize wird zur Karibik gezählt.
- 2 J. D. Martz, Electoral Campaigning and Latin American Democracy in Grancolumbia, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 21 (1990) 1, S. 35.
- 3 Vgl. dazu P. Bendel/D. Nohlen, Struktur- und Entwicklungsprobleme Zentralamerikas sowie die entsprechenden Länderanalysen in: *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 3: Mittelamerika und Karibik, hrsg. von D. Nohlen und F. Nuscheler, Bonn 1992.
- 4 Vgl. R. Trudeau, Central America, in: *Handbook of political science research on Latin America: trends from the 1960s to the 1990s*, hrsg. von W. Dent, Westport 1990, S. 61.
- 5 Vgl. E. Torres-Rivas, *Interpretación del desarrollo social centroamericano*, San José 1971; ders., *Crisis del poder en Centroamérica*, San José 1981. In Hinblick auf die Transitions- und Demokratisierungsforschung sei auf folgende Arbeiten von ihm verwiesen: *Centroamérica: La democracia posible*, San José 1987; *El tamaño de nuestra democracia*, San Salvador 1992.
- 6 Vgl. R. Trudeau, Central America (Anm. 4), S. 64.
- 7 P. Bendel/D. Nohlen, *Demokratisierung in Zentralamerika – wie weit trägt der Wandel?*, in: *Zentralamerika: Frieden-Demokratie-Entwicklung*, hrsg. von P. Bendel, Frankfurt a. M. 1993, S. 11. Dieser Band kann insgesamt im deutschsprachigen Raum als gelungener Anfang gelten, für die jüngste Entwicklung das hier beschriebene Defizit aufzufüllen.
- 8 Vgl. J. A. Booth/M. A. Seligson, *Elections and Democracy in Central America*, Chapel Hill/London 1989.
- 9 Vgl. L. W. Goodman/W. M. LeoGrande/J. Mendelson Forman (Hrsg.), *Political Parties and Democracy in Central America*, Boulder u.a. 1992.; R. Cerdas Cruz, *El desencanto democrático. Crisis de partidos y transición democrática en Centroamérica y Panama*, San José 1992.; P. Bendel, *Partidos políticos y sistemas de partidos en Centroamérica*, in:

- Elecciones y sistemas de partidos en América Latina, hrsg. von D. Nohlen, San José 1993, S. 315-353.
- 10 Vgl. P. Bendel/D. Nohlen, Demokratisierung (Anm. 7), S. 12, 23. Dies gilt besonders für die Länder El Salvador, Guatemala und Nicaragua.
 - 11 Vgl. E. Torres-Rivas, La democracia posible, San José 1987, bes. S. 72/73.
 - 12 Vgl. H.-W. Krumwiede, Wahlen als Mittel der Konfliktregulierung: die Wahlen vom 25. Februar 1990 in Nicaragua, in: Lateinamerika im Umbruch?, hrsg. von D. Nolte, Hamburg 1991, S. 113.
 - 13 Vgl. E. Torres-Rivas, Escenarios y lecciones de las elecciones centroamericanas (1980-1991), in: Revista Mexicana de Sociología (RMS), Mexico D.F., 54 (1992) H. 3, S. 56.
 - 14 Vgl. T. L. Karl, El Salvador's Negotiated Revolution, in: Foreign Affairs, 71 (1992) 2, S. 147-162.
 - 15 Vgl. H. Zinecker, Frieden & Demokratie – die besondere Chance El Salvadors, in: Quetzal – Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika, Leipzig, 1993/94, H. 4/5, S. 2-7.
 - 16 Vgl. E. Torres-Rivas, Escenarios (Anm. 12), S. 45, 47.
 - 17 Vgl. H.-W. Krumwiede, Zur vergleichenden Analyse sozialrevolutionärer Prozesse: Zentralamerika, in: Iberoamerikanisches Archiv, Berlin (W), N.F. 10 (1984) 4, S. 449-512.
 - 18 Democracy in Developing Countries, Bd. 4: Latin America, Boulder/London 1989.
 - 19 Comparing New Democracies, Boulder 1987.
 - 20 Transitions from Authoritarian Rule. Latin America, Baltimore/London 1986.
 - 21 Authoritarians and Democrats: Regime Transition in Latin America, Pittsburgh 1987.
 - 22 Vgl. Democracia, hrsg. von R. Steichen, San José 1993.
 - 23 Vgl. Anm. 8.
 - 24 Democracia emergente en Centoamérica, hrsg. von C. Vilas, Mexico D.F.: 1993.
 - 25 Vgl. Anm. 9.
 - 26 Vgl. D. Nohlen, Regimewechsel in Lateinamerika, in: Lateinamerika – Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit, hrsg. von K. Lindenberg, Bonn 1982.
 - 27 A. Przeworski, La democracia como resultado contingente de los conflictos, in: Zona Abierta, Nr. 39/40, 1986, S. 13/14.
 - 28 Vgl. G. O'Donnell/Ph. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore/London 1986, S. 69.
 - 29 E. Huber Stephens, Democracy in Latin America: Recent Developments in Comparative Historical Perspective, in: Latin American Research Review (LARR), 25 (1990) 1: S. 162.
 - 30 Vgl. D. Camacho/R. Menjivar (Hrsg.), Movimientos populares en Centroamérica, San José 1985; J. Dunkerley, Power in the Isthmus: A Political History of Modern Central America, London 1988; C. Vilas, Popular Insurgency and Social revolution in Central America, in: Latin American Perspectives, 15 (1988) 1 (56), S. 55-77.
 - 31 Der Erfolg der Revolution hängt – andere Faktoren wie soziale Basis und militärische Stärke der Guerrilla einmal vorausgesetzt – ganz entscheidend vom Subtyp des autoritären Regimes ab. Nach T. P. Wickham-Crowley (Guerrillas and Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgents and Regimes since 1956, Princeton 1992, S. 269ff.) haben in Lateinamerika Revolutionen nur dort gesiegt, wo ein „patrimonial police state“ (M. Falcoff; von A. Rouquié als „patrimonial praetorianism“ bezeichnet); der sich besonders durch eine starke Personalisierung der Macht auszeichnet, die Herrschaft ausgeübt hat (Kuba, Nicaragua). Auf diesen Zusammenhang von Regimetypp und Revolutionserfolg, der die Frage nach den Ursachen der Transition berührt, kann hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden.

Zentralamerika als Gegenstand vergleichender Transitionsforschung

- 32 Vgl. E. Torres-Rivas, *El tamaño* (Anm. 5) S. 42ff., S. 51-69.
- 33 Vgl. bes. Th. W. Walker (Hrsg.), *Revolution and Counterrevolution in Nicaragua*, Boulder u.a. 1991.
- 34 Dieser Begriff wird von R. Trudeau (Guatemala: Sozio-ökonomische und politische Entwicklung 1989/1990, in: *Guatemala: Gesellschaftssystem im Umbruch, Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation*, Hamburg 1990, Nr. 14, S. 16) zur Bezeichnung des politischen Regimes der Transitionsphase ab 1984/85 in Guatemala verwendet. Der zentralen Bedeutung der „Aufstandsbekämpfung“ für die Bestimmung des guatemalteckischen Staates und des politischen Systems tragen auch die meisten anderen Autoren begrifflich Rechnung, indem sie von „Counterinsurgency State“ sprechen, wobei in Hinblick auf die Transition noch das Adjektiv „civilian“ hinzugefügt wird. Vgl. dazu S. Jonas, *The Battle for Guatemala. Rebels, Death Squads, and U.S. Power*, Boulder u.a. 1991, S. 171ff.
- 35 Einer der „Architekten“ der demokratischen Öffnung in Guatemala, Ex-Verteidigungsminister Victor Gramajo, äußerte sich dazu wie folgt: „Our goal has been to reverse the logic of the military strategist von Clausewitz, that is, in Guatemala, politics should be the continuation of war.“ Zitiert bei R. Trudeau, *Guatemalan Politics: the popular struggle for democracy*, Boulder/London 1993, S. 53.
- 36 Vgl. G. Marcella, *The Latin American Military, Low Intensity Conflict, and Democracy*, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 32 (1990) 1, S. 55-60; für El Salvador, Guatemala und Honduras im lateinamerikanischen Kontext vgl. B. Loveman, „Protected Democracies“ and Military Guardianship: Political transitions in Latin America, 1978-1993, in: ebenda, 36 (1994) 2, S. 105-189.
- 37 E. Torres-Rivas, *Escenarios* (Anm. 12), S. 46.
- 38 Vgl. E. Torres-Rivas, *La gobernalidad centroamericana en los noventa* (Consideraciones sobre las posibilidades democráticas en la postguerra), in: *Revista Paraguaya de Sociología*, Asunción 30 (1993) 88, S. 94ff.
- 39 Vgl. dazu die verschiedenen Wertungen bei: W. M. LeoGrande, *Political Parties and Postrevolutionary Politics in Nicaragua*, in: Goodman u.a. (Hrsg.), *Political Parties* (Anm. 9), S. 187-201; J. Petras, *The Electoral Defeat of the Sandinistas: Critical Reflections*, in: ders., *Latin America in the Time of Cholera: Electoral Politics, Market Economics, and Permanent Crisis*, New York 1992, S. 128-144; H. Teucher, *Vom Bürgerkrieg zur Aussöhnung. Chancen und Probleme der Demokratie in Nicaragua*, St. Augustin 1992; C. Vilas, *Especulaciones sobre una sorpresa: las elecciones en Nicaragua*, in: *Secuencia*, México D.F. Nr. 17/1990, S. 119-148; Ph. J. Williams, *Elections and Democratization in Nicaragua: The 1990 Elections in Perspective*, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 32 (1990) 1, S. 13-34.
- 40 Vgl. *Acuerdo de paz*, in: *Estudios Centroamericanos* (ECA), San Salvador 47 (1992) 519-520, S. 103ff; R. Cardenal, *Los cien primeros días del acuerdo de paz*, in: ebenda, Nr. 523-524, S. 441-460; H. Zinecker, *Frieden* (Anm. 15).
- 41 Vgl. Ph. J. Williams, *Dual Transitions from Authoritarian Rule: Popular and Electoral Democracy in Nicaragua*, in: *Comparative Politics*, 26 (1994) 2, S. 170f.
- 42 Vgl. Ch. Brockett, *Land, Power and Poverty*, Boston 1990, S. 191.
- 43 Vgl. M. Solórzano M., *Democracias de fachada*, in: *Polémica*, San José, primera época, Nr. 12/1983, S. 41-55.
- 44 Vgl. P. Bendel/D. Nohlen, *Demokratisierung* (Anm. 7), S. 31.
- 45 Vgl. K. M. Coleman, *The Consequences of Excluding Reformists from Power: The View from 1990*, in: *Understanding the Central American Crisis: Sources of Conflict*, hrsg. von

- K. M. Coleman und G. C. Herring, Wilmington 1991. S. 33-54.
- 46 Vgl. H.-W. Krumwiede, Zur vergleichenden Analyse (Anm. 17), S. 478.
- 47 E. Torres-Rivas, El tamaño (Anm. 5), S. 33ff.
- 48 D. Nohlen/B. Thibaut, Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen, Heidelberg 1993, S. 13.
- 49 H. Zinecker, Frieden (Anm. 15), S. 3.
- 50 Vgl. für El Salvador und Guatemala J. J. Ryan. The Impact of Democratization on Revolutionary Movements, in: Comparative Politics, New York, 27 (1994) 1, S. 27-44.
- 51 Vgl. M. Lungo Uclés, El Salvador en los 80: Contrainsurgencia y revolución, San José 1990; D. H. Wolf. ARENA in the arena: Factors in the Accommodation of the Salvadoran Right to Pluralism and the Broadening of the Political System, in: LASA-forum, 23 (1992) 1, S. 10-18.
- 52 Vgl. E. Torres-Rivas, La gobernabilidad (Anm. 38), S. 95f.